

«Konstruktive Zusammenarbeit»



Regierungschef Adrian Hasler

Herr Hasler, FBP und VU haben sich für ein Ende der Parteipolitik ausgesprochen. Waren die vergangenen 100 Tage von einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit geprägt?

Adrian Hasler: Parteipolitik wird es weiterhin geben, aber die FBP und die VU haben sich für eine Koalition ausgesprochen, welche eine gemeinsam abgestimmte Politik über ein Parteien-Hickhack stellt. Der Start in unserem neuen Regierungsteam ist wirklich gelungen – und das ist das Verdienst aller Regierungsmitglieder. Wir arbeiten sehr konstruktiv und zielorientiert zusammen, haben in verschiedenen Bereichen wichtige Beschlüsse gefasst und setzen diese auch um. Für mich ist wichtig, dass wir als Regierung geschlossen auftreten und unsere Position einheitlich nach aussen vertreten. Das schafft Glaubwürdigkeit und stärkt unsere Position, speziell bei schwierigen Entscheidungen. Diese erlebte gute Zusammenarbeit ist für mich auch eine Grundvoraussetzung, um die grossen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen.

Sie leiten die Ministerien für Präsidiales und Finanzen. Was waren bzw. sind in diesen Bereichen die dringenden Anliegen?

Die wichtigste und zugleich dringende Aufgabe dieser Legislaturperiode ist es, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen und damit finanzielle Handlungsspielräume für die Zukunft zu schaffen. Dies gilt für die gesamte Regierung. Wir arbeiten mit Hochdruck am dritten Sparpaket und prüfen jede erdenkliche Idee. Ein weiterer wichtiger Bereich ist für mich die Umsetzung der integrierten Finanzplatzstrategie. Die Regierung hat unter Einbezug der Wirtschaftsverbände ein Positionspapier verabschiedet. Nun geht es darum, die Strategie gemeinsam mit den Branchenverbänden umzusetzen. Ein weiteres Thema, das keinen Aufschub duldet, ist die Sanierung und Sicherung der staatlichen Pensionskasse. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem aktuellen Vorschlag ein ausgewogenes Paket vorliegen haben und hoffe, dass diese Lösung auch auf die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung stossen wird. Und nicht zuletzt ist auch die Entflechtung von Kirche und Staat ein Thema, das gelöst werden will. Ich lege bei all diesen Themen grossen Wert auf den Austausch mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und den verschiedenen Interessensgruppen und bin überzeugt, dass mit offenen Gesprächen und aktiver Einbindung das Vertrauen wieder aufgebaut werden kann.

Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit dem neuen Landtag?

Die Zusammenarbeit im neuen Landtag erlebe ich sehr positiv. Die Diskussionen sind wirklich fundiert in der Sache und man spürt, dass die Lösungsfindung im Zentrum steht. Ich hoffe, dass dies so bleibt.

«Kollegial und parteiübergreifend»



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer

Herr Zwiefelhofer, anlässlich der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages wurde betont, dass es den Grossparteien mit dem Einbezug aller Kräfte ernst ist. Wurde dieses Miteinander in den vergangenen 100 Tagen gelebt?

Thomas Zwiefelhofer: Was mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages begann, wurde mit der Regierungsarbeit konsequent fortgesetzt. Die neue Regierung hat sich sehr rasch zu einer konstruktiven, kollegialen und parteiübergreifenden Zusammenarbeit gefunden. Sie ist bestrebt, die Anliegen und Meinungen der Einwohner, der Parteien oder der Interessensverbände einzuholen, um die Regierungsarbeit bedürfnisgerecht auszugestalten. Zu den wichtigsten ministeriumsübergreifenden Arbeiten der Regierung zählen insbesondere die Konsolidierung des Staatshaushalts, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und die Finanzplatzagenda. Die Verpflichtungen, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben, sind die Basis für unsere Regierungsarbeit

Sie leiten das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft. Was waren die grössten Brocken, die Sie anpacken mussten und dringlich sind?

Ich habe eine Fülle von Projekten und Arbeiten übernommen, die von der Vorgängerregierung begonnen worden sind. Den grösste Brocken stellte und stellt die Neuausrichtung der Telecom Liechtenstein dar. Dieses Projekt musste innert kürzester Frist für die Behandlung im Landtag aufbereitet werden. Nach dem Nein des Landtags gilt es nun, eine neue Strategie auszuarbeiten. Weitere Brocken sind u. a. im Bereich Wirtschaft die Casino-Frage und im Bereich Justiz die Totalrevision des Rechtsanwaltsgesetzes und die Revision des Kindschaftsrechts, wobei es hier insbesondere um die gemeinsame elterliche Obsorge geht. Auf Hochtouren laufen zudem im Bereich Inneres die Vorbereitungen für die Einsatzübung «KOMBI 13»/FlusSGAu, die mit der Schweiz Mitte Juli durchgeführt wird.

Die heutige Zusammensetzung des Landtags in dieser Form ist neu. Funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag?

Die Zusammenarbeit, insbesondere mit den beiden kleineren Oppositionsparteien, funktioniert gut, ist konstruktiv und von Sachlichkeit geprägt. Die Aufteilung der Mandate auf vier Parteien stellt eine Bereicherung der Arbeit und des Meinungsaustauschs dar. Besonders erwähnen möchte ich die Neuerungen, die der Landtag in der letzten Legislaturperiode eingeführt hat, um die Landtagsarbeit besser zu strukturieren, und die auch für die Regierungsarbeit hilfreich sind. Beispielsweise ermöglicht die «Aktuelle Stunde» einen konstruktiven Austausch zu einem bestimmten, vorher festgelegten Thema. Durch diesen Austausch erhalten wir Anhaltspunkte und Meinungsbilder, anhand derer die Stossrichtung beim jeweiligen Sachthema leichter zu definieren ist.

«Wichtiger Austausch innerhalb Regierung»



Regierungsrätin Aurelia Frick

Frau Frick, Sie sind das einzige Regierungsmitglied, das bereits länger als 100 Tage im Amt ist und sich für die neue Regierung wieder zur Verfügung gestellt hat. Werden Sie von Ihren Regierungskollegen oft um Rat gefragt?

Aurelia Frick: Es ist ein Vorteil, die ganzen Abläufe und Ansprechpartner bereits zu kennen. Aber auch die neuen Regierungsmitglieder haben ein Mitarbeiterumfeld, welches teilweise seit Jahren in den jeweiligen Bereichen tätig ist, somit ist das Wissen um die internen Abläufe auch dort vorhanden. Da die Regierung in Liechtenstein eine Kollegialregierung ist, werden viele wichtige Themen und Gesetzesvorhaben während der Regierungssitzung diskutiert. Hiervon profitieren alle und ich schätze gerade auch diesen Austausch mit meinen Regierungskollegen.

Sie leiten die Ministerien für Äusseres, Bildung und Kultur. Wie gut konnten Sie sich in den Bildungsbereich einarbeiten, der neu für Sie ist?

Wir haben in Liechtenstein ein sehr gutes Bildungssystem. Dies bestätigten mir Eltern, Lehrer und auch Experten, mit welchen ich in den letzten Wochen sprechen konnte.

«Wir haben ein gutes Bildungssystem»

Diese Gespräche sind mir ganz wichtig, um mir ein Bild von diesem umfangreichen Bereich zu machen. Es ist mir ein Anliegen, die von der Regierung in den letzten Jahren angestossene Bildungsstrategie aufzunehmen, kritisch zu hinterfragen und wo notwendig neue Akzente zu setzen.

Welches waren bzw. sind die dringenden Aufgaben, die es in Ihren Bereichen zu lösen gilt?

Übergeordnet ist die dringende Aufgabe sicherlich die Sanierung des Staatshaushaltes, die auch von den Bereichen in meinem Ministerium mitgetragen wird. Gleichzeitig möchte ich die damit entstehende Diskussion aber auch nutzen, um darauf hinzuweisen, dass es gerade die Aussen-, Kultur- und Bildungspolitik ist, welche für die Eigenständigkeit und Einzigartigkeit steht und welche die Gegenwart und die Zukunft unseres Landes entscheidend beeinflusst. Die Frage, wie viel es davon braucht, ist auch die Frage, wie wir uns als Bürger dieses Landes wahrnehmen und wohin wir in Zukunft wollen.

«Von gegenseitigem Respekt geprägt»



Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer

Frau Amann-Marxer, wie erleben Sie die Zusammenarbeit innerhalb der Regierung und andererseits auch mit dem neuen Landtag?

Marlies Amann-Marxer: Ich freue mich darüber, dass die Atmosphäre bei den Regierungssitzungen seit Beginn sehr gut ist. Die Zusammenarbeit ist konstruktiv und geprägt von gegenseitigem Respekt. Dass hierbei immer sachlich diskutiert wird, ist für die Entscheidungsfindung sehr förderlich. Was den Landtag betrifft, ist meine neue Funktion äusserst interessant, da ich nun die «Seite» gewechselt habe und auf der Regierungsbank sitze. Dies hat naturgemäss dazu geführt, dass ich vieles aus einer anderen Perspektive sehe. Auch bei der neuen Zusammensetzung des Landtags mit vier Parteien wurden immer sachliche und lösungsorientierte Debatten geführt. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Sie leiten die Ministerien für Infrastruktur und Umwelt sowie Sport. Was konnten Sie in 100 Tagen bereits in Angriff nehmen?

Die vergangenen 100 Tagen waren vor allem geprägt von der Einarbeitung in die verschiedenen Themenbereiche. Dazu gehörte nicht nur das Aktenstudium, sondern es war mir sehr wichtig, die handelnden Personen, Organisationen und Stellen in der Landesverwaltung oder von privater Seite im persönlichen Gespräch kennenzulernen. Dies war mit viel Zeitaufwand verbunden. Selbstverständlich musste auch die Arbeit in den einzelnen Bereichen weitergehen und anstehende Entscheidungen getroffen werden. So habe ich zum Beispiel dem Landtag die Motionsbeantwortung zum Holzheizwerk vorgelegt. Auch konnten bereits einige Verordnungen im Umweltbereich angepasst werden, und aktuell sind wir daran, die Liegenschaftsstrategie zu vertiefen, um nur einige Geschäfte zu nennen.

Was möchten Sie in den kommenden Jahren unbedingt in Angriff nehmen?

Da gibt es einerseits die Vorgaben des Koalitionsvertrages, den ich für meine Zuständigkeiten zu befolgen habe. Andererseits denke ich, dass es meine Aufgabe ist, die seit längerer Zeit bekannten grossen Herausforderungen des Landes anzugehen und die Suche nach Lösungen weiter voranzutreiben. Exemplarisch möchte ich hier etwa den Beitrag meines Ministeriums zur Sanierung des Staatshaushaltes nennen. Zudem ist die langfristige Sicherstellung einer guten Erreichbarkeit Liechtensteins eine zentrale Aufgabe. Zu gegebener Zeit möchte ich auch eigene Ideen oder Projekte verwirklichen, die mir wichtig erscheinen, beispielsweise im Umweltbereich. Auch ist mir die Förderung des Breitensports im Sinne der Gesundheitsprävention ein Anliegen.

«Ich hoffe, dass dies so bleibt»



Regierungsrat Mauro Pedrazzini

Herr Pedrazzini, wie erleben Sie die Zusammenarbeit innerhalb der Regierung und andererseits mit dem Landtag?

Mauro Pedrazzini: Es gab in Regierung und Landtag viele personelle Wechsel. Geprägt von einem Wahlkampf, in dem vor allem die Finanzprobleme des Staats und die Kritik am Gezänk zwischen den Parteien sowie zwischen Landtag und Regierung im Vordergrund

«Starkes Bemühen um konstruktive Zusammenarbeit»

standen, stelle ich ein starkes Bemühen um eine konstruktive Zusammenarbeit und einen offenen Dialog über Parteigrenzen hinweg fest. Dennoch wird um die besseren Argumente heftig gestritten. Ich hoffe, dass dies so bleibt und wir nicht wieder in die alten Muster verfallen. Der nächste Wahlkampf kommt bestimmt, aber das wichtigste Projekt dieser Legislaturperiode, nämlich nur so viel Geld auszugeben, wie wir einnehmen, muss weiterhin für alle Beteiligten höchste Priorität haben.

Sie leiten das Ministerium für Gesellschaft. Was beinhaltet dieses und welche Probleme gilt es hier dringend zu lösen?

Im Ministerium sind die früheren drei Ressorts Gesundheit, Soziales sowie Familie und Chancengleichheit vereint. Es ist für mich heute kaum mehr vorstellbar, wie diese drei thematisch verwandten Bereiche früher in der Zuständigkeit verschiedener Regierungsräte liegen konnten. Priorität haben bei den Gesetzesprojekten die Krankenversicherung und die AHV. Gesundheit und Altersvorsorge beanspruchen bedeutende finanzielle Mittel aus dem Staatshaushalt. Im Vergleich zur Schweiz sind die Leistungen deutlich stärker subventioniert, sodass hier Handlungsbedarf besteht. Gleichzeitig steigen durch die demografischen Veränderungen die auf diesen Gebieten geforderten Leistungen. Reformen in diesen Systemen sollten Fortschritte bringen, welche die heute aber sehr hohe Qualität nicht gefährden. Alle diese Ansprüche gleichzeitig zu erfüllen, entspricht der Quadratur des Kreises. Kompromisse werden also nötig sein.

Was möchten Sie in den kommenden Jahren unbedingt in Angriff nehmen?

Es ist mir ein Anliegen, das Gesundheits- und Sozialsystem dahingehend zu verändern, dass auch künftigen Generationen eine qualitativ hochstehende und bezahlbare Versorgung zur Verfügung steht. Ich denke, es wird unumgänglich sein, ein höheres Mass an Eigenverantwortung einzufordern zugunsten einer langfristigen Stabilität.